

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Haupt- und Finanzausschusses der
Stadt Monheim am Rhein vom 23.09.2010

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:38 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach

Herr Tim Brühland

Herr Heinz-Jürgen Goldmann

Herr Markus Gronauer

Herr Robert Helpenstell

Herr Peter Werner

ab 19:04 Uhr

Vertreter für Herrn Werner, Peter

bis 19:04 Uhr

Mitglieder der Fraktion Peto

Herr Florian Große-Allermann

Herr Karsten Köchling

Frau Janne Oberdieck

Frau Lisa Riedel

Herr Lucas Risse

Vertreter für Frau Oberdieck, Svenja

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Herr Thomas Heinen

Herr Helmut Nieswand

Herr Alexander Schumacher

Vertreter für Frau Schlößer, Ursula

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Andrea Stamm

Mitglieder der FDP-Fraktion

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

Vertreterin für Frau Dr. Schröder-Weber, Doris

bis 20:51 Uhr

MfM

Frau Lilo Friedrich

bis 21:36 Uhr

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

es fehlen entschuldigt

Frau Svenja Oberdieck
Frau Ursula Schlößer
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Herr Max Herrmann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Georg Mittmann
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost
Frau Marion Warden

Gast

Herr Gerhold	zu TOP 6 nichtöffentlicher Teil
Frau Lickfett	zu TOP 12 öffentlicher Teil
Frau Stock	zu TOP 12 öffentlicher Teil

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Vertragsergänzung für die Familienhilfe Monheim / Anpassung der jährlichen Pauschale VIII/0335
5. Leistungsvereinbarung mit einem anerkannten Träger der VIII/0339

	freien Jugendhilfe (Beratungszentrum e.V.)	
6.	Leistungsvereinbarung mit einem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe (AWO Kreis Mettmann gGmbH)	VIII/0343
7.	Leistungsvereinbarung mit einem anerkannten Träger der freien Wohlfahrtspflege (beratungszentrum e.V.)	VIII/0375
8.	Teilerneuerung der Flutlichtanlage im Rheinstadion (Tennenplatz)	VIII/0389
9.	Satzung zur 1. Änderung der "Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2007"	VIII/0361
10.	Änderung der Anlage 1 zu § 5 der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Monheim am Rhein	VIII/0336
11.	Übernahme der Aufgaben der Rechnungsprüfung der Stadt Monheim am Rhein durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann	VIII/0378/1
12.	Abdeckung und Finanzierung zukünftiger Pensionslasten	VIII/0390
13.	Finanz- und Leistungsbericht der Bereiche 00, 10, 20 und 71	VIII/0382
14.	Finanz- und Leistungsbericht der Gesamtverwaltung und der Allgemeinen Finanzwirtschaft	VIII/0383
15.	Mündliche Mitteilungen	
15.1.	Vergabeordnung	
16.	Mündliche Anfragen	
16.1.	Zukunft der Bahnen der Stadt Monheim	
16.2.	Bericht über die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses der letzten Sitzung	
16.3.	Beschilderung Wiener-Neustädter-Straße / Badgasteiner Weg	
16.4.	Übernahme der Kosten für die Städtischen Betriebe für die Veranstaltung Monberg-Lichter	
16.5.	Investitionsplanung der Städtischen Betriebe	
16.6.	Stadtteil-Cafe	
16.7.	Kindertagesstätten-Gelände Knipprather Straße	

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Keine Wortmeldungen.

4 Vertragsergänzung für die Familienhilfe Monheim / Anpassung der jährlichen Pauschale Vorlage: VIII/0335

Beschlussempfehlung

1. Die 2. Ergänzungsvereinbarung zum „Vertrag über den Betrieb der ‚Familienhilfe Monheim am Rhein‘ vom 14.12.2006“ wird mit den aus Anlage 1 ersichtlichen Inhalten beschlossen. Anlage 1 wird Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des beigefügten Entwurfs eines Nutzungsvertrages mit der Familienhilfe einen endgültigen Nutzungsvertrag abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

- 5** **Leistungsvereinbarung mit einem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe (Beratungscentrum e.V.)**
Vorlage: VIII/0339

Beschlussempfehlung

1. Die Leistungsvereinbarung zwischen dem beratungscentrum e.V. und der Stadt Monheim am Rhein mit den aus Anlage 1 ersichtlichen Inhalten wird beschlossen. Anlage 1 wird Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des beigefügten Entwurfs eines Nutzungsvertrages mit dem beratungscentrum e.V. einen endgültigen Nutzungsvertrag abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

- 6** **Leistungsvereinbarung mit einem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe (AWO Kreis Mettmann gGmbH)**
Vorlage: VIII/0343

Beschlussempfehlung

1. Die Leistungsvereinbarung zwischen der AWO Kreis Mettmann gGmbH und der Stadt Monheim am Rhein mit den aus Anlage 1 ersichtlichen Inhalten wird beschlossen. Anlage 1 wird Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des beigefügten Entwurfs eines Nutzungsvertrages mit der AWO Kreis Mettmann gGmbH einen endgültigen Nutzungsvertrag abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

- 7** **Leistungsvereinbarung mit einem anerkannten Träger der freien Wohlfahrtspflege (beratungsCentrum e.V.)**
Vorlage: VIII/0375

Beschlussempfehlung

Die Leistungsvereinbarung zwischen dem beratungsCentrum e.V. und der Stadt Monheim am Rhein mit den aus der Anlage ersichtlichen Inhalten wird beschlossen. Die Anlage wird Bestandteil dieses Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 8** **Teilerneuerung der Flutlichtanlage im Rheinstadion (Tennenplatz)**
Vorlage: VIII/0389

Protokoll:

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält es für schwierig, die

Lage und Größe der Anlage nachzuvollziehen.

Die Verwaltung erklärt, dass zunächst eine Flutlichtanlage den vorhandenen Platz beleuchten soll, jedoch schon jetzt berücksichtigt sei, dass für das Jahr 2014 ein halbes Kunstrasenfeld geplant sei.

Beschlussempfehlung

1. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Teilerneuerung der Flutlichtanlage im Rheinstadion (Tennenplatz) zu.
2. Die aus dem KP II zur Tennensanierung vorgesehenen, aber nicht in der veranschlagten Höhe erforderlichen Mittel werden entsprechend umgewidmet.

einstimmig zugestimmt

9 Satzung zur 1. Änderung der "Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2007" Vorlage: VIII/0361

Protokoll:

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Erläuterung der Ziffer 3 der Satzung. Hier sei nicht ersichtlich, welche anderen Gebühren angesprochen seien und wann eine Gebührenfreiheit vorliege.

Die Verwaltung erklärt, dass dieser Punkt nicht geändert und bereits in der vorherigen Fassung der Satzung enthalten gewesen sei. Ein Beispiel könne derzeit nicht genannt werden, würde aber bis zur Ratssitzung erläutert.

Die Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes gehe von einer jeweils geringeren Eingruppierung der Beschäftigten aus, als das in der vorgelegten Version der Fall sei, so die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Hier wäre eine Erläuterung notwendig.

Die Verwaltung erklärt, dass die Mustersatzung auch für kleine und mittelgroße kreisangehörige Gemeinden gelte und hierdurch abweichende Eingruppierungen vorlägen. Die in dem vorgelegten Entwurf berücksichtigten Eingruppierungen entsprächen den tatsächlichen Gegebenheiten.

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 1. Änderung der „Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2007“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist als Anlage 1 Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

Änderung der Anlage 1 zu § 5 der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/0336

Protokoll:

Der Bürgermeister weist auf die zu diesem Tagesordnungspunkt nachgereichten Unterlagen hin. Er erklärt, dass seitens der Verwaltung Kontakt zum Bergisch-Rheinischen Wasserverband aufgenommen wurde, um die Frage zu klären, ob die Fläche am Pumpwerk an der Monheimer Straße als Hundefreilauffläche genutzt werden könne. Der Wasserverband habe dieses Ansinnen abgelehnt und darauf hingewiesen, dass diese Fläche eingezäunt wurde, um sicherzustellen, dass niemand diesen Bereich betrete. Dieses Grundstück komme daher nicht als Hundefreilauffläche in Betracht. Es bliebe somit nur die Fläche an der Bürgerwiese Baumberg für diese Nutzung in Betracht, so der Bürgermeister. Der Ruderverein und der Kanu-Club hätten sich bezüglich der Fläche hinter dem Bootshaus ablehnend geäußert, da sie diesen Platz selber nutzen. Hier sei jedoch zu bedenken, dass die Vereine diese Fläche nicht gepachtet hätten und sie somit der Öffentlichkeit zur Verfügung stünde.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet bis zur Ratssitzung um Vorlage eines Übersichtsplans in dem die zur Debatte stehenden Flächen und die evtl. geplante Umzäunung ersichtlich sind.

Der Bürgermeister sagt zu, einen entsprechenden Plan anzufertigen, verweist jedoch auf die in der Vorlage sehr detaillierte Beschreibung der betroffenen Flächen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion hält die Fläche an der Bürgerwiese für ungeeignet, da mit Verschmutzungen durch Hundekot zu rechnen sei. Da diese Fläche bei Veranstaltungen auch als Parkplatz genutzt würde, sei dies sehr ungünstig. Daher bittet er um Mitteilung, ob nach Meinung der Verwaltung noch andere Flächen zur Verfügung stünden.

Der Bürgermeister erklärt, dass im Stadtgebiet keine alternativen Flächen zur Verfügung stehen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bezweifelt, dass die Fläche östlich der Bonhoeffer Straße nutzbar wäre und fragt nach, ob mit den Kleingärtnern Kontakt aufgenommen worden sei, um über die Nutzung der Fläche zu sprechen. Weiterhin gibt er an, dass dort bisher Leinenpflicht bestünde, da dort ein Biotop angelegt werden sollte. Er bittet um Angabe, ob dieses Biotop existieren würde.

Der Bürgermeister erklärt, dass kein Kontakt mit den Kleingärtnern aufgenommen wurde, jedoch bekannt sei, dass diese den Freilauf von Hunden dort ablehnen. Probleme seien allerdings nicht zu erkennen, da die Kleingartenanlage eingezäunt sei. Ein Biotop, welches es zu schützen gelte, sei dort nicht vorhanden.

Sofern alle Beteiligten etwas Kompromissbereitschaft zeigen würden, würden keine Probleme entstehen, so die Sprecherin der Fraktion Peto. Um der

befürchteten Verunreinigung mit Hundekot entgegenzuwirken, sollten Schilder angebracht werden, die verdeutlichen, dass die Hundehalter die Hinterlassenschaften ihrer Hunde entfernen müssen. Zusätzlich könnten verstärkte Kontrollgänge der Ordnungsbehörde vor Veranstaltungen an der Bürgerwiese den unerwünschten Verunreinigungen vorbeugen. Ob es zu Problemen gekommen sei, ließe sich anhand eines Berichts der Verwaltung nach 1 Jahr beurteilen.

Die Verwaltung gibt an, dass die verstärkten Kontrollgänge seitens der Ordnungsbehörde durchgeführt werden könnten. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass das Verunreinigen durch Hundekot grundsätzlich jedoch nicht mit einer Freilauffläche im Zusammenhang stünde, sondern ebenso durch angeleinte Hunde erfolge.

Der Sprecher der SPD-Fraktion regt an, die Kontrollgänge im gesamten Stadtgebiet durchzuführen. Weiterhin empfiehlt er, mit den Hundesteuerbescheiden eine Mitteilung zu versenden, die die Hundehalter über die Pflichten aufklärt.

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag, unter Berücksichtigung folgender Ergänzungen zur Abstimmung:

- Anfertigen eines Lageplans bis zur Ratssitzung,
- Sachstandsbericht der Verwaltung nach 1 Jahr,
- Versenden eines Informationsblattes mit den Hundesteuerbescheiden.

Beschlussempfehlung

Die „Erste Verordnung zur Änderung der „Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Monheim am Rhein“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Verordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Verwaltung wird die neuen Flächen im Rahmen ihrer Möglichkeiten regelmäßig hinsichtlich Verunreinigungen durch Hunde bzw. deren Besitzer kontrollieren. Nach Ablauf eines Jahres legt die Verwaltung einen Erfahrungsbericht über die gewonnenen Erkenntnisse vor. Die neuen Freilaufflächen werden in einer Informationsschrift zusammengefasst und u. a. mit den Hundesteuerbescheiden versandt.

einstimmig zugestimmt

11 Übernahme der Aufgaben der Rechnungsprüfung der Stadt Monheim am Rhein durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann Vorlage: VIII/0378/1

Protokoll:

Der Bürgermeister weist auf Ziffer 3 des Beschlussvorschlages hin, die aufgrund der Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuss ergänzt wurde.

Der Sprecher der Fraktion Die Linke fragt nach, was mit dem für die Jahresabschlüsse 2007 veranschlagten Budget sei.

Die Verwaltung erklärt, dass der Kreis Mettmann diese Arbeiten im Rahmen der in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung festgelegten Aufgaben erledige ohne dass zusätzliche Kosten entstünden.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält die Höhe der Einsparung für nicht kalkulierbar, da nach § 6 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung beispielsweise Sonderprüfungen zusätzlich abgerechnet würden. Auch würden nach § 6 Abs. 2 Arbeiten abgerechnet, die nicht im Rahmen der Arbeitszeit von 2 Rechnungsprüfern erledigt werden könnten.

Der Bürgermeister erwidert, dass zusätzliche Kosten dann anfallen würden, wenn der Rat einen Prüfauftrag besonderen Umfangs erteilen würde. Dies wäre auch jetzt der Fall, da die Rechnungsprüfung mit den Routineaufgaben ausgelastet sei und bei einem erheblichen zusätzlichen Prüfauftrag z. B. externe Hilfe in Anspruch genommen werden müsse.

Der Sprecher der Fraktion Die Linke bittet in diesem Zusammenhang um Angabe, wie viele Sonderprüfaufträge in den letzten Jahren erteilt worden seien.

Der Bürgermeister verweist hierzu auf das Schreiben des Leiters der Rechnungsprüfung, das der Vorlage als Anlage beigelegt ist.

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass die Vereinbarung für 3 Jahre abgeschlossen würde und somit die Möglichkeit bestünde, zunächst Erfahrungen zu sammeln. Seitens der CDU-Fraktion wird die Verwaltung in ihrem Vorhaben unterstützt.

Der Sprecher der SPD-Fraktion lehnt die Interkommunale Zusammenarbeit in diesem Bereich ab und hält es für möglich, die Einsparungen auch ohne Ausgliederung der Rechnungsprüfung erreichen zu können.

Die Sprecherinnen der Fraktionen Peto und FDP erklären, dass sie die Maßnahme unterstützen.

Beschlussempfehlung

1. Die Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung werden ab 01.01.2011 durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann wahrgenommen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung auf Basis des beigelegten Entwurfs mit dem Kreis Mettmann abzuschließen.
3. Die Verwaltung legt dem Rechnungsprüfungsausschuss bis spätestens 31.01.2012 einen Sachstandsbericht über den bisherigen Verlauf der interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung vor.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 12 Nein 6 (4 SPD, 1 MfM, 1 Linke) Enthaltung 1 (1 Bündnis 90/Die

Grünen)

12

Abdeckung und Finanzierung zukünftiger Pensionslasten

Vorlage: VIII/0390

Protokoll:

Frau Stock, Büro für Kommunalbetreuung, erläutert die Vorlage anhand einer Power-Point-Präsentation, die den Ratsmitgliedern vor der Ratssitzung zur Verfügung gestellt wird. Sie wird als Anlage 1 ebenfalls dem Protokoll beigelegt.

Anschließend erklärt die Verwaltung die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt für das Jahr 2011.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Es sei erwähnt worden, dass ein Inflationsausgleich von durchschnittlich 1,5% berücksichtigt sei. Wie würde seitens des Versicherers damit umgegangen, wenn die Inflationsrate höher ausfallen würde?
2. Es sei nicht deutlich geworden, ob die Zinsrate statisch sei oder nicht.
3. Ist die Berechnung der Pensionszahlungen nach einem Durchschnittswert erfolgt?
4. Sei im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Versicherers eine Rückversicherung garantiert, die jedes Risiko ausschließen würde?

Frau Stock beantwortet die gestellten Fragen:

1. Die Inflationsrate von 1,5% sei ein Durchschnittswert, der hier zu Grunde gelegt worden sei
2. Es gelte der Zinssatz als Mindestzinssatz, der bei Abschluss Gültigkeit habe für die gesamte versicherte Gruppe.
3. Die Berechnung der Pensionen erfolge nach dem sog. Stichtagsprinzip. Evtl. erfolgende Beförderungen seien nicht berücksichtigt.
4. Es bestehe in Deutschland die gesetzliche Verpflichtung für Versicherungsunternehmen zwei Mal jährlich an sog. Stresstests teilzunehmen, so dass eine Situation wie in den USA nicht eintreten könne.

Der Sprecher der CDU-Fraktion macht folgende Anmerkungen:

1. Die Beträge, die derzeit im Erstattungsverfahren an die Rheinische Versorgungskasse zu zahlen seien, seien weiterhin zu zahlen, so dass die Präsentation in dieser Beziehung unvollständig sei.
2. Bei der präsentierten Lösung seien weder Dienstunfälle noch Hinterbliebenenversorgungen berücksichtigt.
3. Die für die Beihilfe der Versorgungsempfänger notwendigen Rückstellungen seien nicht berücksichtigt worden.
4. Es sei in der Vorlage eine Fondslösung angesprochen, die nach Ansicht der CDU-Fraktion zu vorschnell bei Seite geschoben würde. Diese Fondslösung müsse näher beleuchtet werden. Insbesondere sei hierbei zu berücksichtigen, dass der Aufwand für die Versicherungslösung sehr hoch sei, da die Beiträge exakt berechnet werden müssten.
5. Die Kosten für die europaweite Ausschreibung, die vermutlich extern begleitet werden müsse seien nicht berücksichtigt.

Frau Stock nimmt zu den Punkten wie folgt Stellung:

1. Die Aussage wird bestätigt.
2. Es sei richtig, dass weder Hinterbliebene noch Dienstunfähigkeiten berücksichtigt seien. Bei allen Versicherungslösungen sei es so, dass bei Versterben eines versicherten Beamten die Stadt Monheim am Rhein den gezahlten Beitrag ausgezahlt bekäme. Dadurch könnten die Hinterbliebenenversorgungen geleistet werden. Dienstunfähigkeit sei bewusst ausgeschlossen worden, da diese Fälle bei der Stadt Monheim am Rhein extrem gering seien.
3. Die Beihilfesituation sei nicht Gegenstand der Überprüfung gewesen.
4. Die Fondslösung sei nicht näher beleuchtet worden, da die Verwaltung während der Vorbereitung bereits festgestellt habe, dass diese weniger in Frage käme. Im Rahmen einer Studie mit 7 teilnehmenden Kommunen, die im März 2010 bundesweit veröffentlicht wurde, sei eine Fondslösung umfassend geprüft worden. Auch hier wäre ein hoher administrativer Aufwand zu betreiben. Die Fondsentwicklung sei beispielsweise durch die Verwaltung ständig und genau zu überprüfen und zu bewerten.
5. Die Studie enthalte eine Musterausschreibung, die auf die Besonderheiten der Stadt Monheim am Rhein durch das Büro für Kommunalbetreuung zugeschnitten würde. Weiterhin könne die Ausschreibung ggf. über die durch die Verwaltung beauftragte Anwaltskanzlei abgewickelt werden. Hierdurch anfallende Kosten seien überschaubar.

Die Verwaltung sichert zu, den Fraktionen die Studie zur Verfügung zu stellen, da die gestellten Fragen dort umfangreich berücksichtigt worden seien. Es wird weiterhin angeboten, für weitere Fragen in den Fraktionssitzungen zur Verfügung zu stehen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet darum, der Rheinischen Versorgungskasse die Möglichkeit zu geben, ihre Konzepte zu präsentieren.

Aufgrund des noch bestehenden Informationsbedarfs wird die Entscheidung in die Ratssitzung vertagt.

Die Sitzung wird von 20:16 Uhr bis 20:29 Uhr unterbrochen.

13 Finanz- und Leistungsbericht der Bereiche 00, 10, 20 und 71 Vorlage: VIII/0382

Protokoll:

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Seiten 21 bis 24 korrigiert wurden. Diese Seiten wurden der Vorlage beigelegt.

Der Sprecher der Fraktion Peto äußert seine Verwunderung darüber, dass die Transferaufwendungen und -erträge in der Jahresprognose geringer seien als der Ist-Wert.

Die Verwaltung erklärt, dass es sich um Daten handele, die von der

Finanzbuchhaltung in das System Profis überspielt worden seien. Es handele sich hierbei um durchlaufende Posten, die den städtischen Haushalt nicht belasten, sondern um Zahlungen, die seitens der Stadt für Dritte geleistet würden. Dann müsse der Aufwand in der Höhe dem Ertrag entsprechen, so der Sprecher der Fraktion Peto.

Hierbei handele es sich nach Aussage der Verwaltung um Abweichungen durch Zeitverzögerungen. Eine Erklärung werde seitens der Verwaltung schriftlich nachgereicht.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet, die Berichte zukünftig verständlich zu gestalten.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Finanz- und Leistungsbericht zur Kenntnis.

**14 Finanz- und Leistungsbericht der Gesamtverwaltung und der Allgemeinen Finanzwirtschaft
Vorlage: VIII/0383**

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Finanz- und Leistungsbericht zur Kenntnis.

15 Mündliche Mitteilungen

15.1 Vergabeordnung

Protokoll:

Die Verwaltung erklärt, dass die Vergabeordnung überarbeitet wurde und die aktuelle Fassung dem Haupt- und Finanzausschuss in der nächsten Sitzung vorgelegt wird.

16 Mündliche Anfragen

16.1 Zukunft der Bahnen der Stadt Monheim

Protokoll:

Ratsherr Brühlend erklärt, dass er verschiedenen Pressemitteilungen auch verschiedene Aussagen über die Zukunft der Bahnen der Stadt Monheim entnommen habe, die bis hin zum geplanten Verkauf reichen würden.

Der Bürgermeister erklärt, dass eine intensive Prüfung durchgeführt würde und die finanziellen Aspekte durchleuchtet würden. Eine weitere Planung zur Zukunft der BSM gebe es derzeit nicht. Hierzu müssten die Prüfungsergebnisse abgewartet

werden. Es gehe darum, Informationen zu sammeln, um eine Entscheidungsgrundlage zu erlangen.

16.2 Bericht über die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses der letzten Sitzung

Protokoll:

Herr Nieswand stellt die Frage, warum es im öffentlichen Teil keinen Ausführungsbericht zu den Beschlüssen der letzten Sitzung gebe.

Der Bürgermeister erklärt, dass in dieser Sitzung keine Vorlagen im öffentlichen Teil auf der Tagesordnung standen, die vom Haupt- und Finanzausschuss abschließend entschieden und nicht nur vorberaten worden seien.

16.3 Beschilderung Wiener-Neustädter-Straße / Bad Gasteiner Weg

Protokoll:

Ratsherr Nieswand erklärt, dass die Beschilderung an der Wiener-Neustädter-Straße, Höhe Badgasteiner Weg nicht mehr zu erkennen sei und erneuert werden müsse.

Der Bürgermeister sagt eine Klärung zu.

16.4 Übernahme der Kosten für die Städtischen Betriebe für die Veranstaltung Monberg-Lichter

Protokoll:

Sofern die Städtischen Betriebe für Veranstaltungen tätig würden, sei es üblich, dass der beauftragende Verein hierüber eine Rechnung erhalten würde und die Kosten zu begleichen hätte, so Ratsherr Nieswand. Bei der Veranstaltung „Monberg-Lichter“ sei dies nicht der Fall gewesen. Hier seien die Kosten durch die Stadt Monheim am Rhein getragen worden, was zu Irritationen geführt hätte.

Wenn eine Großveranstaltung im öffentlichen Interesse liege, würden die Kosten durch die Stadt Monheim am Rhein getragen, erklärt der Bürgermeister. Dies wäre beispielsweise auch beim Straßenkarneval der Fall. Bei der angesprochenen Veranstaltung habe auch ein öffentliches Interesse vorgelegen.

16.5 Investitionsplanung der Städtischen Betriebe

Protokoll:

Ratsherr Nieswand weist darauf hin, dass der Häcksler der Städtischen Betriebe nicht mehr genutzt werden könne und eine Ersatzbeschaffung notwendig sei. Daher müsse ggf. die Investitionsplanung angepasst werden.

Der Bürgermeister sichert eine schriftliche Beantwortung durch den Betriebsleiter zu.

16.6 Stadtteil-Cafe

Protokoll:

Herr Schumacher fragt nach, ob die Insolvenz der Öko-Bau Auswirkungen auf das Stadtteil-Cafe habe.

Die Verwaltung wird die Angelegenheit klären und schriftlich Stellung nehmen.

16.7 Kindertagesstätten-Gelände Knipprather Straße

Protokoll:

An der Knipprather Straße befindet sich das Grundstück der geschlossenen Kindertagesstätte, so Ratsherr Schumacher. Kürzlich habe ein leerstehendes Haus in unmittelbarer Nähe gebrannt. Er bittet um Angabe, ob es für das Grundstück Knipprather Straße entsprechende Sicherungsmaßnahmen gebe, um solche Vorkommnisse zu verhindern.

Die Verwaltung erläutert, dass Schutzmaßnahmen ergriffen wurden, soweit möglich. Es könne jedoch nicht jedes städtische Gebäude ständig überwacht werden.

Daniel Zimmermann
Vorsitzender

Anke Bitsch
Schriftführerin